

Heroischer Kampf gegen ein Wörtchen

70 Millionen kostete Abwehr der „Berufsverbotekampagne“

DVZ 17. 5. 79

Die CDU/CSU hat sich in diesem unserem Lande verdient gemacht, SPD und FDP schützen uns im Ausland vor häßlichen Verunglimpfungen. Das darf als schönes Fazit eines Vorgangs gelten, der sich dieser Tage im Bundestag zu Bonn am Rhein abspielte. „Was hat die Bundesregierung im einzelnen seit 1972 unternommen“, so lautete die verdienstvolle kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU, „um in den EG-Staaten und in Skandinavien den ‚Berufsverbote‘-Kampagnen entgegenzuwirken?“ Der Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung antwortete mit Schreiben vom 20. April 1979 in einer Art und Weise, die eine nachgerade heroische Kondition auf dornerreichem Gelände erkennen läßt.

Der Bonner Pressedienst schildert knapp die militärische Ausgangslage: „Eine polemische und unqualifizierte Kritik an der Praxis bei der Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst kam etwa im Frühjahr 1976 auf.“ Die Bundesregierung habe „die vereinzelt überzogene und bössartige Polemik aufmerksam verfolgt“. Was tun, habe man sich gefragt, Fest stand zu diesem Zeitpunkt, „daß in einigen Ländern bestimmte Medien und Personengruppen dieses Thema kontinuierlich negativ behandelt und kommentiert haben“. Die geniale Lösung des Problems wurde im Bundespresseamt entdeckt und verwirklicht. Sozusagen als die Langstreckenraketen der politischen Konteraktion wurden „die stetigen und umfangreichen Maßnahmen gezielter Informationsarbeit“ definiert.

Was wurde da über Nacht aus dem Boden gestampft! Eine wahrhaftige creatio ex nihilo, eine Zeugung aus dem Nichts. Originalton des Generalstäblers vom Bundespresseamt: „Es wurden zahlreiche Gespräche mit ausländischen Ministern, Abgeordneten und Publizisten geführt. Botschafter, politische Referenten, Rechts- und Konsularreferenten, Kulturreferenten, Sozialreferenten und Pressereferenten stellten sich Diskussionen in Gewerkschaftsversammlungen, Schulen, Volkshochschulen und Universitäten. Den Multiplikatoren der print-Medien wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt.“ Die Divisionen der Referenten wurden, wie man erfährt, „vielerorts“ über die örtlichen Goethe-Institute kommandiert. Wenn das Goethe wüßte.

Als echter Generalstab entwickelte das Bundespresseamt in seinem Kampf gegen das häßliche Wörtlein Berufsverbot — nur Zyniker mögen hier von einer Donquichoterie gegen Windmühlenflügel sprechen — superbe Delikatesse bei der Auswahl der Referenten: So schwärmte der geradlinige Widerstandskämpfer Hans Filbinger im Bonner Auftrag nach Rom, der zuchtvolle Republikaner Karl Carstens nach Paris zur Feindbekämpfung aus. Desweiteren habe man als Abschnittkommandeure den eisernen Otto Graf Lambsdorff sowie die Herren Baum, Ehmke, Wischniewski sowie den 2. Regierungssprecher Dr. Grünewald ins Gefecht geschickt. Diese Infanterie des Rechtsstaates wurde, so beault sich das Bundespresseamt zu er-

läutern, selbstverständlich von einer Luftwaffe begleitet, die Propagandaflugblätter abwarfen: „Texte des Auswärtigen Amtes, des Presseamtes, Broschüren, Gesetzestexte, Bulletins der Bundesregierung, Schriften von Inter Nationes und umfangreiche Informationsmappen“, selbstverständlich in die jeweilige Landessprache übersetzt.

Der tapfere Allfrontenkrieg, immerhin gegen die gesamte Europäische Gemeinschaft und die skandinavischen Staaten ist hart und aufwendig. Unsere Bundesregierung scheut deshalb auch keine Kosten gegen das Wörtlein Berufsverbot, das unser schönes altes Europa verseucht. Über 70 Millionen Mark hat der siebenjährige Krieg gekostet, auch Kleinkampfplätze wie Irland oder Luxemburg müssen munitioniert werden. Säuberlich führt das Presseamt in seinem Kriegstagebuch die Zahlenkolonne an. Der Leser kann sich untenstehend selbst davon überzeugen.

Die deutschen Kreuzfahrer stießen im Ausland, wie man erfährt, erneut auf Untermenschen: „Extreme Kreise verschlossen sich vielfach einer Diskussion, da es ihnen nur um eine propagandistische

Ausschlachtung ihrer vorgefaßten Meinungen geht.“ Das ist bitter. Solche Teufel haben ja auch den Helmut Kohl in den Niederlanden zur Strecke und den Strauß in Brüssel in Rage gebracht.

Das Bundespresseamt sollte jedoch, wenn der deutsche Blitzkrieg nicht gleich geklappt hat, Defätismus in den eigenen Reihen nicht dulden. So meint der Presseamtschef in der Antwort an die CDU-Abgeordneten, unter ihnen der frühere RCDS-Vorsitzende Langguth, etwas resignierend: „Sicher ist, daß das Wort ‚Berufsverbot‘ seinen Einzug in unserem Sprachgebrauch vielfach durch zu leichtfertige und unqualifizierte Verwendung in Medien und Bevölkerungsgruppen gefunden hat. Man würde staatlicher Information jedoch zuviel Respekt zollen und auch Macht zusprechen, wollte man sie für stark genug halten, derartige Begriffe tilgen oder ihre Einführung in die deutsche Sprache verhindern zu können.“

Nein, Herr Presseoberst, der Kreuzzug gegen das häßliche Wörtlein geht weiter. Zeit und Geld haben wir in Fülle.

J.

Drucksache 8/2761 Deutscher Bundestag - 8. Wahlperiode

Länder	Aufwendungen			
	1972	1973	1974	1975
Belgien	550 000	557 800	537 900	557 600
Dänemark	275 000	286 400	269 000	278 800
Frankreich	2 956 500	2 916 000	2 891 300	2 997 100
Großbrit.	1 856 400	1 856 900	1 815 500	1 881 900
Irland	137 500	147 900	134 500	139 400
Italien	1 581 400	1 551 500	1 546 500	1 603 100
Luxemburg	68 800	48 000	67 200	69 700
Niederlande	343 800	322 300	336 200	348 500
Finnland	1 100 100	1 053 400	1 075 800	1 115 200
Norwegen	412 500	408 500	403 400	418 200
Schweden	893 900	900 700	874 100	906 100
insgesamt	10 175 900	10 049 400	9 951 400	10 315 600

Länder	Aufwendungen		
	1976	1977	1978
Belgien	770 900	776 700	818 300
Dänemark	313 800	282 500	297 600
Frankreich	2 912 600	2 895 100	3 050 000
Großbritannien	2 085 300	2 118 400	2 231 700
Irland	181 900	211 800	223 200
Italien	1 793 400	1 765 300	1 859 700
Luxemburg	57 600	70 600	74 400
Niederlande	428 200	706 100	743 400
Finnland	645 600	635 500	669 500
Norwegen	312 400	353 100	371 900
Schweden	679 300	706 100	743 400
insgesamt	10 136 000	10 521 200	11 083 100

TITEL für Auslandsaufklärung - Stichwort: Berufsverbot